



## SPD scheitert mit Vorschlag zu Pflegegeld

Die bayerische Staatsregierung setzt im Ausschuss die pauschale Halbierung der Sozialleistung durch.

Von Jürgen Umlauf

**MÜNCHEN.** Die SPD ist im Gesundheitsausschuss des Landtag mit ihrem Vorschlag für eine soziale Staffelung des Landespflegegeldes gescheitert. Nach einem Beschluss der Staatsregierung soll die einkommensunabhängig gewährte Leistung des Freistaats für alle Pflegebedürftigen ab Pflegestufe 2 ab 2026 von derzeit 1000 auf 500 Euro im Jahr reduziert werden. Die eingesparten Mittel von jährlich rund 200 Millionen Euro will die Staatsregierung in den Ausbau der Pflegestrukturen investieren, vor allem in Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, um pflegende Angehörige zeitweise entlasten zu können.

Die SPD begrüßt die geplanten Ausbauinvestitionen, will das verbleibende Pflegegeld aber gerechter nach tatsächlicher Bedürftigkeit verteilen. „Wir wollen keine Auszahlung mit der Gießkanne mehr, sondern es vor allem an die lenken, die es dringend brauchen“, erklärte die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann. Der Vorschlag der SPD sah vor, an Pflegebedürftige mit

kleinem Einkommen oder niedriger Rente weiterhin die vollen 1000 Euro ausbezahlen. Mit der Höhe des Einkommens sollte dann die Höhe des Pflegegeldes sinken. Ab einer gewissen Einkommensgrenze sollte dieses komplett entfallen. „Wir plädieren für eine sozial gerechte Auszahlung des Pflegegeldes“, sagte Waldmann.

Für die CSU lehnte der Coburger Abgeordnete Martin Mittag den SPD-Vorschlag ab. Er begründete dies mit der zu erwartenden Bürokratie bei der Einkommensstaffelung. Um festzustellen, ob jemand künftig 750 oder 500 Euro im Jahr bekomme, sei der Verwaltungsaufwand zu hoch. Die lediglich am Pflegegrad orientierte Auszahlung sei erheblich einfacher zu administrieren. Dem schlossen sich Freie Wähler und AfD an. Die Grünen hielten an ihrer Ablehnung des Pflegegeldes als Ganzes fest. Es sei besser, die bei einer kompletten Abschaffung eingesparten 400 Millionen Euro im Jahr für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur einzusetzen, erklärte der Grünen-Angeordnete Paul Knoblach. Damit könnten Entlastungen für pflegenden Angehörige erreicht werden.

Ebenfalls erschienen in: Nordbayerischer Kurier.